

# Soll der NFA entpolitisiert werden?

**FINANZAUSGLEICH** Die Zahlungen sollen automatisch festgelegt werden, schlägt die Stiftung Avenir Suisse vor. Das würde die langwierigen Querelen darüber beenden. Politiker sehen aber auch Nachteile.

LUKAS LEUZINGER  
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

Im Streit um den Finanzausgleich (NFA) sind die Fronten verhärtet. Der Nationalrat hat am Mittwoch an seiner Position festgehalten und entschieden, die jährlichen Zahlungen der finanzstarken Kantone in den Ressourcenausgleich ab kommendem Jahr um 134 Millionen Franken zu reduzieren (siehe Box).

Das Geschäft kommt nun zum dritten Mal in den Ständerat. Dieser hat sich bislang gegen jegliche Kürzungen ausgesprochen. Kompromissvorschläge wie jener der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), welche die Beiträge nur um die Hälfte senken will, unterlagen bislang in beiden Räten. Die Zeit läuft gegen die Geberkantone: Kann sich das Parlament in der Sommersession nicht einigen, bleibt der bisherige Bundesbeschluss für weitere zwei Jahre in Kraft.

## 85 Prozent des Durchschnitts

Dass es einen Ausgleich zwischen reichen und armen Kantonen geben soll, ist auf beiden Seiten unbestritten. Die Geister scheiden sich an der Frage, wie viel Geld umverteilt werden soll. Das Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (Filag) gibt vor, dass die Ressourcenausstattung pro Kopf jedes Kantons mindestens 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts erreichen soll. In den vergangenen Jahren übertraf der schwächste Kanton – Uri – dieses Ziel jeweils (zuletzt kam er auf 87 Prozent). Der Bundesrat schlägt da-

her vor, die neun Geberkantone (unter ihnen Zug, Schwyz und Nidwalden) entsprechend zu entlasten. Vertreter der Nehmerkantone stellen sich jedoch auf den Standpunkt, ein Hauptziel des NFA laute, die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit unter den Kantonen zu verringern, und diese Unterschiede seien grösser geworden.

Delikat ist der Konflikt nicht zuletzt deshalb, weil die Nehmerkantone sowohl im Stände- wie auch im Nationalrat über eine Mehrheit verfügen. Für

Berechnet man die Beiträge nach dieser Methode, würden die Geber 2016 etwas stärker entlastet, als es der Bundesrat vorschlägt. In der Vergangenheit hätten sie aber zeitweise auch mehr bezahlen müssen als unter dem heutigen System. Rühli betont denn auch, dass sein Vorschlag weder Geber noch Nehmer bevorzuge.

## Grundidee kommt gut an

Bei Peter Hegglin (CVP), Finanzdirektor des Kantons Zug, stösst der Vorschlag

direktor des Kantons Uri. Allerdings fokussiere der Vorschlag alleine auf die Zielgrösse von 85 Prozent. Dabei sei eines der Hauptziele des NFA, die Disparität hinsichtlich finanzieller Leistungsfähigkeit unter den Kantonen zu verringern und die «Steuerschere», also die Unterschiede bei der Steuerbelastung, zu schliessen. «Zur Erreichung dieses Ziels leistet der Vorschlag keinen Beitrag», kritisiert Dittli.

Lukas Rühli weist diese Kritik zurück. Zwar müssten die Zahlungen an den Ressourcenausgleich nach seinem Modell zunächst noch etwas stärker gesenkt werden, als es der Bundesrat vorschlägt. Dies entspreche aber der generellen Entwicklung, dass die Unterschiede zwischen den Kantonen hinsichtlich Finanzkraft in den letzten Jahren kleiner geworden seien.

## Politische Steuerung gewünscht

Ein anderer Kritikpunkt stammt von Roland Fischer. Der Luzerner GLP-Nationalrat war als Projektleiter bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung massgeblich an der Entwicklung des NFA beteiligt, der 2008 in Kraft trat. Eine Entpolitisierung würde angesichts der gegenwärtigen Debatte zwar auch er begrüssen. Dass die Politik jegliche Möglichkeit zur Steuerung des NFA verlieren würde, hält Fischer jedoch für falsch. «Man hat für den NFA bewusst ein System gewählt, das es erlaubt, die Höhe der Beiträge anzupassen.» So könne das Parlament auf grundlegende Veränderungen reagieren, etwa bei der Ausgabendynamik oder der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

Fischer bemängelt ausserdem, dass unter dem vorgeschlagenen System die NFA-Beiträge von Jahr zu Jahr potenziell stärker schwanken würden. «Das würde die Budgetplanung der Kantone erschweren.» Für dieses Argument hat Peter Hegglin indes kein Verständnis. «Die Steuererträge variieren auch von Jahr zu Jahr», sagt er. Eine automatische Anpassung der NFA-Zahlungen sei daher eine Anpassung an die Realität.



«Das würde die Budgetplanung der Kantone erschweren.»

NATIONALRAT ROLAND FISCHER (GLP, LUZERN) ÜBER DEN VORSCHLAG VON AVENIR SUISSE



«Die Steuererträge variieren auch von Jahr zu Jahr.»

DER ZUGER REGIERUNGSRAT PETER HEGGLIN (CVP) KONTERT DEN EINWAND VON ROLAND FISCHER

eine Entlastung sind die Geber also auf den Goodwill der Nehmer angewiesen.

## Nicht Parlament soll entscheiden

Der Ökonom Lukas Rühli von der Denkfabrik Avenir Suisse möchte das ändern. Er findet, die Bemessung der NFA-Zahlungen müsse entpolitisiert werden. Wie das gehen könnte, hat Rühli kürzlich in einem Beitrag auf der Website von Avenir Suisse skizziert: Statt dass das Parlament alle vier Jahre festlegt, wie viel Geld in den Ressourcenausgleich fliessen soll, sollen die Beiträge jedes Jahr automatisch angepasst werden – und zwar so, dass die Ressourcen des schwächsten Kantons genau den Richtwert von 85 Prozent erreichen.

von Avenir Suisse auf Wohlwollen. «Damit könnte sichergestellt werden, dass das Gesetz eingehalten wird», sagt er gegenüber unserer Zeitung. Die NFA-Beiträge würden so nicht mehr politisch, sondern gemäss den gesetzlichen Vorgaben festgelegt. Zug könne für den innerkantonalen Finanzausgleich ein ähnliches System, so Hegglin. Dieses habe sich bewährt.

Zug bezahlt dieses Jahr 316,6 Millionen Franken in den NFA und damit pro Kopf so viel wie kein anderer Kanton.

Auch auf der Nehmerseite kann man dem Vorschlag von Avenir Suisse etwas abgewinnen. «Der Grundgedanke der Entpolitisierung hat etwas Faszinierendes», sagt Josef Dittli (FDP), Finanz-

## Das Seilziehen geht weiter

**NATIONALRAT** sda. Beim Streit um die Beiträge für den Finanzausgleich zeichnet sich weiterhin keine Einigung ab. Der Nationalrat beharrt darauf, die Geberkantone um jährlich 134 Millionen Franken zu entlasten. Ein Kompromissvorschlag der Konferenz der Kantonsregierungen fiel am Mittwoch nach hitziger Debatte im Nationalrat mit 103 zu 87 Stimmen bei 1 Enthaltung durch. «Solidarität muss auf beiden Seiten spielen», sagte der Luzerner Nationalrat Albert Vitali im Namen der FDP-Fraktion. Das Parlament müsse glaubwürdig bleiben und dürfe die Beiträge nicht politisch festlegen.

## Überstrapazierte Solidarität

Mehrere Redner aus Geberkantonen machten ihrem Unmut Luft, dass ein Solidaritätssystem langsam überstrapaziert werde. Die Genfer SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz sagte, die Drohung eines Kantonsreferendums bliebe bestehen. Markige Worte fanden aber auch Vertreter aus Nehmerkantonen. An die Geber gerichtet, sagte die St. Galler SP-Nationalrätin Barbara Gysi (SP, St. Gallen): «Ich hoffe, dass sie im Jubiläumjahr der Schlachten nicht mit Hellebarden nach Bern ziehen.»

Mit dem knappen Entscheid bleibt der Nationalrat auf der Linie des Bundesrates. Die Regierung will die Zahlungen in den Ressourcenausgleich, den mit Abstand grössten NFA-Topf, kürzen. Die Begründung: Die Empfängerkantone könnten auch mit den reduzierten Beiträgen das im Gesetz vorgeschriebene Ziel erreichen.

# Parlament will bessere Bundesratsprotokolle



Der Bundesrat will frei und ohne Druck von aussen entscheiden. Unser Bild zeigt das offizielle und aktuelle Bundesratsfoto. Bundeskanzlei/Christian Grund und Maurice Haas

## Arbeitsplätze für die Randregionen

**GPK** sda. Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte wollen es nicht hinnehmen, dass der Rüstungskonzern Ruag Arbeitsplätze von den Randregionen in die Zentren verlagert und im Ausland Stellen schafft, während in der Schweiz Arbeitsplätze verloren gehen. Sie erwartet vom Bundesrat einen Kurswechsel. Die GPK fordern die Regierung auf, in den künftigen Zielen für die Ruag Vorgaben zur regionalpolitischen Verteilung der Standorte zu machen, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Auch beim Erhalt von Arbeitsplätzen in Randregionen und in der Schweiz generell soll ein neuer Kurs gefahren werden.

## 160 Arbeitsplätze betroffen

Hintergrund ist die Ankündigung der Ruag, den Standort Brunnen SZ zu schliessen und 110 Arbeitsplätze nach Zürich und Bern zu verlegen. Auch die Betriebe in Hombrechtikon ZH und Mägenwil AG sollen geschlossen werden, insgesamt sind rund 160 Arbeitsplätze betroffen.

**SITZUNGEN** Wie kommt die Landesregierung eigentlich zu ihren Entscheidungen? Der Ständerat und der Nationalrat wollen dies jetzt genauer wissen.

sda/red. Für die Protokollierung der Bundesratssitzungen ist die Bundeskanzlei zuständig. Nun soll der Bundesrat ein eigenes Protokollführungsteam beiziehen können. Nach dem Ständerat hat gestern auch der Nationalrat eine entsprechende Motion seiner Geschäfts-

prüfungskommission (GPK) mit 128 zu 45 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen – dies allerdings gegen den Willen des Bundesrates.

Die Protokolle der Bundesratssitzungen sind ein ewiger Zankapfel zwischen der parlamentarischen Oberaufsicht und der Regierung. Die Geschäftsprüfungskommissionen bemängeln in fast jedem ihrer Untersuchungsberichte, die Diskussionen im Bundesrat könnten anhand der Protokolle nur ungenügend nachvollzogen werden.

Lange Zeit hatte es aus dem Bundesrat gar keine genehmigten Aufzeichnungen gegeben. Auf Geheiss des Parlaments wird seit 2011 ein Beschluss-

protokoll verfasst, in dem die Diskussionen zusammengefasst werden. Seit 2014 ist der Bundesrat verpflichtet, den wesentlichen Inhalt und die wichtigsten Argumente der Verhandlungen und die Beschlüsse schriftlich festzuhalten. Dafür zuständig ist der Vizekanzler. Nicht zur Debatte standen Wortprotokolle.

Die Geschäftsprüfungskommissionen sind mit der momentanen Situation unzufrieden. Das aktuelle System reiche nicht aus, sagte Rudolf Joder (SVP, Bern) im Namen der nationalrätlichen GPK. Mit der Motion soll laut Joder auch erreicht werden, dass bei wichtigen Anträgen im Protokoll auch Namen ge-

nannt werden. Bei wesentlichen Punkten könnte man dann nachvollziehen, wer welche Position vertreten habe.

## Entscheide ohne Druck von aussen

Der Bundesrat sprach sich gegen die Motion aus. Die Vertraulichkeit der Verhandlungen müsse geschützt werden, argumentiert er. Bundeskanzlerin Corina Casanova argumentierte im Rat, ein Protokollführungsteam sei nicht angebracht. Keine Regierung mache solch detaillierte Protokolle, auch nicht die kantonalen. Die Bundesratsmitglieder müssten frei und ohne Druck von aussen diskutieren können. Zudem seien die Entscheide ja bekannt.

## ANZEIGE

Qualität ohne Kompromisse

Waschmaschinen Tumbler

**WYSS MIRELLA**  
Telefon 041 933 00 74  
6233 Büren